

## Evangelische Zeitung – 3/8/97

### „Dem progressiven Judentum gebührt eine Stimme“

EZ-Nr. 27, S. 1: Juden gründen Alternative

Die Evangelische Zeitung hat - wie auch die nationale und kirchliche Presse in Deutschland - über den religiösen Aufbruch im deutschen Judentum berichtet. Diese Entwicklung der Pluralität ist ein sicheres Kennzeichen der langsamen Regeneration einer religiösen Gemeinschaft, die durch die Shoah fast ausgelöscht war.

Nach über fünfzig Jahren werden Themen wieder relevant, die in Zeiten der Katastrophe und des Niedergangs kaum eine Rolle spielen: die Gleichberechtigung von Frauen bei der Erfüllung der religiösen Pflichten und der Zugang von Frauen zum rabbinischen Amt. Die historisch-kritische Betrachtung der jüdischen Glaubenszeugnisse und Tradition. Die Gestaltung von Gottesdienst und Predigt unter der Prämisse von intellektueller Durchdringung und geistlicher Bereicherung für die einzelnen Beter. Diese Themen hatten in Deutschland ihre Heimat, als die Aufklärung des ausgehenden 18. Jahrhunderts der jüdischen Bevölkerung eine aktive Beteiligung am geistigen Leben ermöglichte. Die Reformen im Judentum waren zunächst ein Bollwerk gegen die massive Abwanderung von Juden ins Kulturchristentum gewesen. Denn vielen schien es bequemer, die eigene Tradition zurückzulassen, statt sie mit neuer Perspektive zur zeitgenössischen Richtschnur für ein jüdisches Leben zu machen, das „unter dem Joch des himmlischen Königreiches“ steht. Seit dieser Zeit erschließt das nichtorthodoxe Judentum einen Weg für viele, um die Tradition mit der Moderne in Einklang zu bringen. Weltweit macht diese Richtung des religiösen Judentums die ganz überwiegende Mehrheit aus.

Das „Berliner Modell“ einer Gemeinde mit mehreren Synagogen zeigt, daß die Einheitsgemeinde sehr wohl eine Hüterin alternativer Vielfalt sein kann. Wo immer diese Pluralität unter einem Dach noch nicht wieder verwirklicht ist, werden Mitglieder der „Union progressiver Juden in Deutschland“ nach dem Miteinander streben und die Einheit suchen. Wo die religiöse Freiheit nicht gewährt wird, den Prinzipien des Judentums im Dialog nachzugehen und eine progressive Haltung zur eigenen Tradition einzunehmen, ist es die Pflicht jeder Jüdin und jedes Juden, das religiöse Leben zunächst anders zu organisieren. Viele Christinnen und Christen haben dabei von Anfang an Hilfestellung geleistet: evangelische Akademien, Kirchenleitungen, Multiplikatoren der Ökumene und des Gesprächs. Wer dies von christlicher Seite kritisch beurteilt, sei daran erinnert, daß der jüdisch-christliche Dialog in Deutschland nur denkbar ist, weil seit Jahrzehnten progressive Rabbinerinnen und Rabbiner einen Weg in die jüdische Tradition weisen. Dies darf jedoch nicht als Einladung verstanden werden, gutgemeinte Ratschläge zu erteilen, die im Grund landeskirchliche Strukturen im Auge haben und in Wirklichkeit die Autonomie des Judentums verletzen. Ich lade Sie alle vielmehr dazu ein: Freuen Sie sich, daß in Deutschland jüdisches Leben in all der Vielfalt sich aufzufächern beginnt, wie sie sich auch sonst auf der Welt finden läßt. Es ist ein gutes Zeichen für uns Juden hier in Deutschland - und für ein Miteinander von uns allen.

Rabbiner Dr. Walter Homolka, München

Mitglied des Vorstandes der „Union progressiver Juden in Deutschland, Österreich und der Schweiz“.